

Gießener Echo

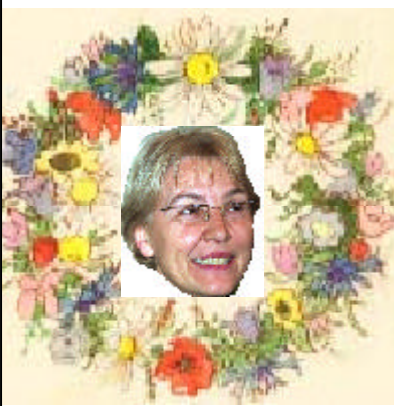
Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/41. Jahrgang

April 2010

Schutzgebühr: 0.30 E

Lady LaGa



für hervorragende Verdienste
um die Landesgartenschau
kontra Umwelt und Sport

Denn sie wissen nicht, was sie tun Chaos in Gießen

Die Sanierung der früheren US-Schule wird zu teuer, weil die Bausubstanz vor dem Ankauf nicht gründlich untersucht wurde.

Die Gesamtkosten für den Bau des „Kulturrathauses“ (ca. 80 Millionen Euro bisher) sind nicht abzusehen. Der Straßenbelag am Marktplatz muss nach relativ kurzer Zeit wegen entstandener Rillen erneuert werden. Die Metallplättchen dort zeichnen sich durch Sinnlosigkeit aus.

Am Bahnhofsvorplatz wird gewurstelt. Ein Parkhaus soll gebaut werden, zu wenige Fahrradstellplätze sind vorgesehen, dann werden Planungen für weitere Plätze vorgestellt.

Die Sandsteintreppe lässt man verfallen, um dann festzustellen: Sie kann nicht mehr restauriert werden. Dieses Verhalten ist in Gießen nicht neu, siehe Behördenhaus aus den 50er Jahren.

Am 6. Mai sollte sich jeder um 22.15 Uhr die Gießener „Architektursünden“ im hr-Fernsehen ansehen.

Nun folgt in dieser Reihe die zur weiteren Verschuldung unserer Stadt einladende Landesgartenschau. Mit allen Mitteln soll diese Mammutschau durchgezogen werden, koste es was es wolle. Ökologie, einst eine Domäne der Grünen, ist vergessen (immer-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Demo am 15.3. in Gießen (s. Seite 3)



Inhalt:

Griechenland-Pleite/Gießen hat's	S.2
1-E-Jobs/Nazi-"Kunst"/Gaspreise	S.3
Tarifruhen/Hartz-IV-Urteil	S.4
Das Kapital präsentiert die Rechnung	S.5
Antifa-Stadtführer/Post-Schnüffelei	S.6
Tekel-Streik/Frauentag/Leserbriefe	S.7
Termine/Krokodilstränen vom Papst	S.8

1000 Menschen demonstrierten am 19. März in Wetzlar gegen rechte Gewalt nach dem Brandanschlag auf einen Antifaschisten (s. Seite 2); für diese Solidarität bedankte sich das Opfer zum Abschluß, wies aber auch auf das - im Gegensatz zu Friedberg - rechtere Klima in Wetzlar hin. Die Verurteilung der Naziumtriebe war nicht in allen Beiträgen überzeugend - insbesondere nicht von Vertretern der Parteien, die es ablehnen die NPD zu verbieten und es stattdessen zulassen, daß diese Nazis Millionen an Steuergeldern erhalten. Am Rande der Kundgebung tauchten denn auch immer wieder Grüppchen von Nazis auf, die von der Polizei abgefangen wurden; auch die Zutts wagten sich hin.

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Keine Hilfe nach Katastrophe

Vor 15 Monaten ist über einen kleinen, dicht besiedelten Landstrich eine Katastrophe hereingebrochen. 1500 Menschen wurden getötet, tausende verletzt, ein großer Teil der Gebäude und der Infrastruktur wurde zerstört. Binnen kurzer Zeit waren 70 Länder bereit, 4,5 Milliarden Dollar für Soforthilfe und den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Bis jetzt hat es aber noch so gut wie keine Hilfe gegeben. Die Menschen leben nach wie vor in Trümmern, Krankenhäuser, Schulen, Kraft- und Wasserwerke sind kaum funktionsfähig.

Der Grund: Ein mächtiges Nachbarland, das alle Zugänge zu dem Gebiet kontrolliert, hat eine Blockade verhängt. Nur wenige Lebensmittel und Kraftstoffe dürfen den einzigen Grenzübergang passieren. Was zum Überleben notwendig ist, kommt nur hinein, weil die Bewohner mit großem Aufwand Wege gefunden haben, für einige Güter die Sperren des Nachbarn zu umgehen. Wenn es sich bei der Katastrophe um ein Naturereignis und bei dem Gebiet um ein normales Land handeln würde, hätte es längst heftige Proteste der Weltöffentlichkeit gegeben. Die UN wäre eingeschritten, andere Staaten hätten mit politischen Mitteln das Ende der Blockade erzwungen oder mit Intervention gedroht.

Aber es war keine Naturkatastrophe, sondern ein militärischer Überfall des Nachbarlandes. Bei dem Gebiet handelt es sich um den Gazastreifen, bei dem Nachbarland um Israel. Die Menschen dieses Gebietes sollen dafür bestraft werden, daß sie bei einer vorangegangenen Wahl „falsch“ gewählt haben. Aber auch die Menschen im Gazastreifen haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Gernot Linhart

"Fragen an die Birthler-Behörde"

Frage: Bei der Beantragung eines Reisepasses muß jeder - ab dem 6. Lebensjahr - seine Fingerabdrücke abgeben; war das in den DDR auch so?

Antwort: Im Prinzip ja, da in einem Unrechtsstaat kein Mensch unschuldig ist. Allerdings mußte sich die Stasi die Abdrücke heimlich beschaffen, sofern nicht ein offizielles Ermittlungsverfahren lief, und um die Kinder hat sie sich überhaupt nicht gekümmert!

Brandanschlag in Wetzlar Neofaschisten in Mittelhessen werden von Steigbügelhaltern begünstigt

In der Nacht auf Freitag den 5.3.2010 verübten bisher Unbekannte einen Brandanschlag auf das Privathaus eines Mitglieds des Wetzlarer Bündnisses gegen Rechts. Schon zweimal wurden seit November 2009 das Privathaus des Antifaschisten mit Farbe beschmiert.

Dieser Mordanschlag reiht sich ein in das immer massivere Auftreten von Faschisten in Wetzlar. Diese agieren unter dem Namen „Autonome Nationalisten“ oder auch „Anti-Antifa Wetzlar“ und versuchen, durch Infostände, Demonstrationen, Spektakuläre Aktionen und dem Terrorisieren von Antifaschisten sich die Straße zu „erobern“. Sie orientieren sich offensichtlich an dem Vier-Säulen-Konzept der NPD. Die der Agitation der NSDAP entlehene Methode, um eine gesellschaftliche Verankerung zu erreichen, sieht vier zentrale Bereiche vor: Kampf um die Parlamente, Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe und den Kampf um den organisierten Willen. Der Ausgangspunkt dieser faschistischen Offensive ist die aus deren Sicht erfolgreiche Demonstration in Wetzlar

am 11.10.2008. Die Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Dette (FDP) hatte nicht einmal versucht, die Demonstration gerichtlich verbieten zu lassen. Antifaschisten wurden eingekesselt und behindert, während die Faschisten ungehindert marschieren durften. Auch strafrechtlich relevante Äußerungen und Handlungen von faschistischen Funktionären wurden nicht geahndet. Daß eine Stadtverwaltung sich auch anders verhalten kann wurde in Friedberg am 1.8.2009 im Rahmen einer erfolgreichen breiten antifaschistische Demonstration bewiesen. Dort gelang es, den Marsch der Faschisten zu blockieren. Auch die Rolle der Polizei muss bei dem Aufschwung der Faschisten berücksichtigt werden. Ein paar Monate später, am 7.11.2009 versuchte die Polizei durch Einkesselungen und massives Vorgehen, auch gegen bürgerliche Demokraten, den Marsch der NPD in Friedberg durchzusetzen. Dieser Versuch scheiterte zwar an der Entschlossenheit der Antifaschisten. Das Vorgehen der Polizei, auch in Wetzlar, zeigt wie sehr ihr Verhalten den



Erfolg der Faschisten häufig erst möglich macht.

Aber auch das gesellschaftliche Klima in einer Stadt oder Region.

Gerade in einer Stadt Wetzlar trifft man auf ein fast undurchdringliches Geflecht von Interessen und Bekanntschaften: Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Hans Jürgen Irmer, der mit seinem Anzeigenblatt „Wetzlar Kurier“ rassistische und reaktionäre Positionen propagiert; oder eine Vereinigung wie „Pro Polizei“, deren erster Vorsitzender Hans Jürgen Irmer ist. Von solchen Verflechtungen wird das Klima in einer Stadt mitbestimmt. Unser antifaschistischer Kampf muss sich nicht nur gegen die Faschisten wenden, sondern auch gegen deren konservative und reaktionäre Steigbügelhalter.

Henning Mächerle (VVN-BdA Kreisvereinigung Gießen)

Zum Prozeß gegen Candas T.: Das Ohr des Gesetzes trog

Die Bildungsdemo vom 16.6.2009 fand jetzt ein unrühmliches Ende vor dem Amtsgericht – aber nicht etwa wegen der teilweise brutalen Räumung des Berliner Platzes durch die Polizei, sondern wegen angeblich „öffentlichen Aufrufs zu einer Straftat“.

Nach Beendigung der Demo vor dem Neustädter Tor hatte Candas T. vorgeschlagen, noch auf einen Kaffee hier reinzugehen. Das Ohr des Gesetzes glaubte jedoch die Aufforderung verstanden zu haben, „alles kurz und klein zu schlagen“, und schon hatte Candas eine Anklage am Hals. Obwohl nur ein einziger Polizist diesen Satz gehört haben wollte, und obwohl mehrere Zeugen bestätigten, daß es nur um Kaffee trinken ging, bedurfte es zwei Verhandlungstermine, um das Verfahren schließlich einzustellen. Vorausgegangen war allerdings eine solidarische Unterstützung des „Angeklagten“ (zu dessen Begrüßung sich die Zuhörer im vollbesetzten Saal 200 applaudierend erhoben) und eine Demonstration gegen repressive Gewalt,

zu der die Rote Hilfe aufgerufen hatte. Die Staatsmacht hatte dies zum Anlaß genommen, ihre Register der Überwachung und Einschüchterung zu ziehen. Wie üblich wurde die Demo von einem unauffälligen Herrn der Stasi, pardon: des Ordnungsamtes, begleitet, und über den etwa 50 Demoteilnehmern kreiste ein Polizeihubschrauber, von dem aus man jede einzelne Person bequem filmen kann. Im Eingangsbereich des Gerichts wurde die Kontrolle auf die Spitze getrieben, indem man nicht nur die übliche Schleuse passieren mußte, sondern auch noch in jede einzelne Hosentasche gelangt bekam...

Das Solidaritätskomitee „Keine Repression gegen Candas“ stellte abschließend fest: „*Jedoch bleibt festzuhalten, dass die Gießener Justiz einerseits auf Grund öffentlichen Drucks das Verfahren einstellen musste, andererseits aber auf Grund der eindeutigen Beweislage zu Gunsten des Angeklagten die Polizeizeugen nicht als Lügner darstellen wollte.*“

(Fortsetzung von Seite 1)

Chaos in Gießen

hin wird die Udersbergstraße wegen Amphibienwanderung gesperrt).

Ein Sportplatz soll platt gemacht und damit der Verein Blau-Weiß entsorgt werden. Warum wird dieser Sportplatz (z.Zt. ein unansehnlicher Hartplatz) - wenn schon Laga - nicht als Forum genutzt unter dem Stichwort: Amateurvereine stellen sich vor? Und dann bitte schön grün als Kunstrasenplatz.

Nein – da muss schon Dr. Markus Labasch (von den Grünen) den Leuten den "dusseligen" Sportplatz als „eine Funktionsstörung, die dort wegkommen müsste“ (GA, 17.3.20) erklären.

Michael Beltz



Probeexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de**



Aus dem Stadtparlament...

...können wir nichts berichten, da die nächste Sitzung nach Redaktions schluß stattfindet. In den Ausschüssen wurden die Anträge der Linksfraktion folgendermaßen beschieden:

Millerhall (Michael Janitzki): sowohl die Erweiterung der Stellplätze vor 100 auf 120 als auch die Forderung nach einer Stellplatzbilanz wurde abgelehnt.

Berichts Antrag zur Gewaltprävention an Gießener Schulen (Prof. Ari: Christides): wurde abgelehnt, statt dessen soll eine „Amoklauf-Expertin“ im Ausschuß berichten

Regelmäßige Offenlegung der Kosten für die Landesgartenschau (Michael Beltz): mehrheitlich angenommen bei 3 Gegenstimmen der CDU

Streichung von „durchsucht“ in der „Gefahrenabwehrverordnung“ (Michael Beltz): mit Änderung einstimmig angenommen; das bloße Durchsuchen ist nicht mehr strafbar, sondern nur noch „wer Sachen in Abfallbehältern... durchsucht und verstreut“ (vorher: „durchsucht oder verstreut“). Gespannt sein darf man auch auf das Ergebnis des Koalitionsantrags zu Prüfung des Standorts des Blau-Weiß-Sportplatzes, der auch den Verbleib an der bisherigen Stelle nicht ausschließt.

Aus für ZAUG?

Zur Schließung des Restaurants am Park in Lich

Mit der Regierungsübernahme der Koalition aus CDU, FDP und Freien Wählern im Jahr 2006 wurde die Zaug gGmbH sukzessive abgebaut. Insbesondere die Streichung des 200.000-Euro-Gesellschafterzuschusses des Kreises an die Zaug gGmbH war ein klarer Hinweis darauf, dass die Mitte-Rechts-Koalition sich ihrer Verantwortung für dieses zentrale Politikfeld entledigen wollte. Dies wurde von der Koalition vehement bestritten. Eine Zeitlang konnte der Abbau der Zaug gGmbH durch den verstärkten Einsatz von Ein-Euro-Jobbern verzögert werden, die zum Teil reguläre Beschäftigungsverhältnisse übernahmen - dies nicht nur bei Zaug. Auch bei anderen Beschäftigungsträgern wurden kommunale Aufgaben übernommen, für die der Kreis und die Stadt Gießen Personalkosten einsparten und damit den Haushalt schönten. So wurden auch künstlich mithilfe von Ein-Euro-Jobbern Teile von Zaug am Leben gehalten wie das Restaurant am Park im Lich.

Das Zaug war von der GIAG abhängig indem es von der Koalition an den Tropic der GIAG gehängt wurde, was zur Folge hatte, dass die Beschäftigungspolitik nun von der Bundesagentur bestimmt wurde und die Kreisregierung nur noch geringfügig Einfluss nehmen konnte. Die GIAG musste aber nach einem Prüfbericht der Bundesagentur für Arbeit ab 2007 nach europäischem Recht die Ausbildungsplätze ausschreiben. Die GIAG hatte bisher ihr Budget unter den Beschäftigungsträgern wie der Jugendwerkstatt, IJB und dem Zaug aufgeteilt. Der Geldfluss versiegte somit, was zum fortgesetzten Niedergang des Zaug führt. Der Bericht des Bundesrechnungshofs vom 16.12.2009 weist auf massive Rechtsverstöße zwischen Beschäftigungsträgern, kommunalen Regierungen und den Leistungsträgern hin. Wenn dieser Bericht die nötigen Konsequenzen nach sich zieht, kann nur die Rücknahme der Streichung des Gesellschafterzuschusses und ggf. weitere Zuwendungen von Kreis und Stadt Gießen das privatisierte Unternehmen retten. Falls dieses Privatisierungsgehebe bei Zaug nicht aufhört, sollte nicht nur Zaug schließen, sondern alle anderen Einrichtungen, die 1-Euro-Jobber beschäftigen, wie z.B. IJB und Jugendwerkstatt gleich mit.

Andrea Jacob

Was ist los im Nordstadtbüro?

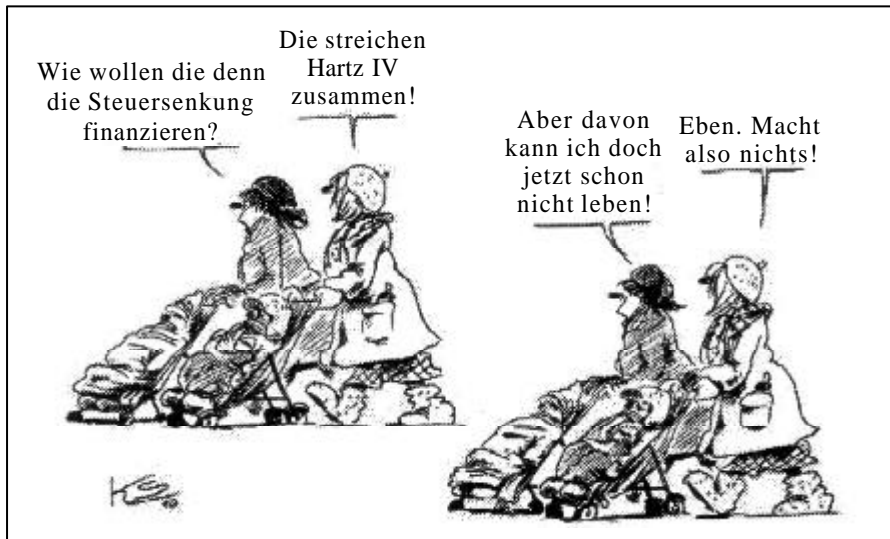
Nachdem vor über einem Jahr die überregionale Förderung des Nordstadtzentrums ausgelaufen war, war einhellige Meinung, daß das dort Geschaffene gewahrt bleiben solle. Besonders die Stellen der beiden Sozialarbeiter und die der Verwaltung sollten erhalten bleiben - selbstverständlich mit den bisherigen Aufgaben. Daß es dabei sinnvoll gewesen wäre, diese drei weiter zu beschäftigen, liegt auf der Hand; sie hatten wesentlich die Arbeit in den zurückliegenden sieben Jahren geleistet und waren bei der Bevölkerung anerkannt. Nun sind jedoch alle drei spätestens Ende 2009 ausgeschieden, und seither hat es nur höchst unbefriedigende Lösungen gegeben. Da wurde eine Verwaltungskraft stundenweise auf 400-Euro-Basis beschäftigt, mit immer wieder verlängerten kurzen Arbeitsverträgen, da wurde ein paar Monate ein Sozialarbeiter mit zweimal 2,5 Stunden für die Sozialberatung eingesetzt (die beiden sind nun ebenfalls nicht mehr im Nordstadtbüro). Bezüglich der Verwaltungsstelle soll auf einmal diejenige, die die Arbeit aufrecht erhalten hat, überqualifiziert gewesen sein. Auch deren Nachfolgerin wird sich völlig neu einarbeiten müssen, da sie über keine Erfahrung aus der bestehenden Arbeit verfügt.

Die Beratung wird nun hauptamtlich von einem Sozialarbeiter erledigt - in ebenfalls nur zweimal 2,5 Wochenstunden.

Angesichts der Tatsache, daß alleine rund 2500 Bezieher von ALG II in der Nordstadt wohnen dürften, hält die DKP Gießen dies für völlig unzureichend und fordert hierfür eine komplette Stelle. Ebenfalls neu besetzt wurde die Stelle der Stadtteilmanagerin. Die Mitarbeiterin muß sich völlig neu einarbeiten, alle gewachsenen Kontakte der Vorgänger sind inzwischen längst verschwunden. Wer ist für diese Personalentwicklung verantwortlich? Warum war es seitens der Stadt nicht möglich, die Träger (zunächst Nordstadtverbund, seit 1.1.10 Nordstadtverein) zu mehr personeller Kontinuität zu veranlassen?

In der Antwort auf die Frage nach Beschäftigung von 1-Euro-Jobbern bei Renovierungsarbeiten im Nordstadtzentrum hat die OB schon die Verantwortung von sich gewiesen, und auf die Träger verwiesen. Wir Kommunisten meinen, so einfach darf es sich die Stadt nicht machen. Hier sind sicherlich Leistungsvereinbarungen getroffen worden, in denen auch Einflußnahme möglich ist. Wenn schon öffentliche Aufgaben an sog. freie Träger vergeben werden, darf das nicht dazu führen, dass diese dann mit öffentlichen Mitteln tun und lassen, was sie wollen, ohne entsprechenden Kontrollen zu unterliegen. In der Nordstadt und im Nordstadtbüro wurde hier in fahrlässiger Weise viel vertan, den Nachteil haben die Menschen, deren Unterstützung nun neu aufgebaut werden muß. K.S.





Wie die Menschen fertig gemacht werden Ein konkreter Fall der GIAG

Im Sommer 2007 trat der arbeitslose Landschaftsgärtner und Hartz-IV-Empfänger Ernst Meyer (Name geändert) eine Erbschaft an. So weit, so schön. Um nichts falsch zu machen, hatte er sich vorher von einem Rechtsanwalt beraten lassen und dann bei der GIAG abgemeldet. Er zahlte von dem Geld seine Schulden ab und gönnte sich von dem Rest ein paar Anschaffungen sowie eine Urlaubsreise. Nachdem das Geld nach einem halben Jahr aufgebraucht war, meldete er sich wieder bei der GIAG, alles, wie es ihm anwaltlich geraten worden war. Und hier beginnt sein Horror-Trip. Obwohl weder sein Rechtsbeistand noch die GIAG ihn darauf hingewiesen hatten, sollte er nachträglich seine Ausgaben belegen, seine Anschaffungen wieder verkaufen, darunter auch sein Fahrrad (obwohl Hartz-IV-Empfänger theoretisch sogar ein Auto besitzen dürften). Er hätte, sagte man ihm jetzt im Nachhinein, ein Jahr von dem geerbten Geld leben müssen. Jede Zahlung wurde strikt verweigert. Kein Geld, keine Miete, nichts. Die Folge: seine bestehende Krankheit verschlimmerte sich, er wurde psychisch und physisch schwer krank und mußte stationär behandelt werden. Die GIAG ficht das nicht an. Bandscheibenvorfall? „Rückenschmerzen hatte ich auch mal und ging arbeiten,“ beschied seine Fall-Managerin kaltschnäuzig, und verlangte – obwohl er keinen Cent besaß – die Rückzahlung der Leistungen, die

ihm versehentlich für zwei Monate ausgezahlt worden waren. Für GIAG-Chef Becker ist das alles in Ordnung, denn, so sein O-Ton zu diesem Fall: „Die persönliche Daseinsfürsorge fällt grundsätzlich in die Eigenverantwortung eines jeden Menschen“ – auch wenn er nichts mehr zu essen hat. Das zeugt von einem bemerkenswerten Zynismus, den man wohl braucht, um täglich Menschen zu entwürdigen und drangsalieren zu lassen, die auf Hartz-IV, der verordneten Armut und Erniedrigung, angewiesen sind. Aber Ernst Meyer hat sich trotz Krankheit und allen Schwierigkeiten nicht unterkriegen lassen. Er ging in die Öffentlichkeit und kämpft gegen das Unrecht weiter, auch wenn die Anwaltskammer, an die er sich auch gewandt hatte, „keine fehlerhafte Beratung“ sieht. Inzwischen bekommt er wieder Hartz IV, muß aber davon noch einen Kredit abbezahlen. Obwohl ihm die Prozeßkostenhilfe anfangs verweigert wurde (der Teufelskreis: bekommst Du kein Hartz IV, dann bist Du auch nicht arm), liegt inzwischen seine Klage auf Nachzahlung der ihm vorenthaltenen Leistungen in Höhe von mehr als 6000 Euro beim Sozialgericht. Wir wünschen ihm einen fairen Richter und alles Gute für seine demnächst beginnende Umschulung. Und wir wünschen allen anderen Hartz-IV-Empfängern, die oft um ihre viel zu niedrigen Ansprüche kämpfen müssen, den dafür notwendigen Mut und das Durchhaltevermögen. E.B.

Sozialismus – ja bitte!

Ob Westerwelle, Sarrazin, Kraft oder die Bildzeitung, die Hetze gegen Hartz-IV-Bezieher nimmt zu. Während die einen vorgeben, den bedauernswerten Erwerbslosen eine sinnvolle Beschäftigung anbieten zu wollen (Kraft), verlangen die anderen (Westerwelle) knallhart nach Zwangsarbeit für die „Sozialschmarotzer“. Einig sind sich die Sozialdemagogen darin, daß jeder, der staatliche Hilfen in Anspruch nimmt, dafür auch eine Leistung erbringen soll. Genau dies hat das Bundesverfassungsgericht, das die Hartz-IV-Regelsätze als verfassungswidrig verurteilt hat, aber verneint und festgestellt: „...Es (das Gewährleistungsrecht) ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden...“ Danach sind übrigens auch alle Sanktionen durch Kürzungen von Hartz IV verfassungswidrig. In dem Urteil wird jedoch keine Aussage über die Höhe der Leistungen getroffen, die durch den Gesetzgeber „konkretisiert und aktualisiert“ werden müssen, also im Zweifelsfall auch nach unten. Diese Hetze findet in einer Zeit statt, in der die Staatsverschuldung astronomische Höhen erreicht hat, die Wirtschaftskrise andauert und weitere Sozialkürzungen (Kopfpauschale) vorbereitet werden. Der faulende Kapitalismus erzeugt ein immer größeres Heer von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten; dem unermeßlichen Reichtum weniger steht die Armut von Millionen gegenüber. Das ist Kapitalismus, der die gesamte Produktion und alle Rahmenbedingungen dem Profit unterordnet. Daß diese gesellschaftliche Katastrophe ursächlich systembedingt ist, ist inzwischen nicht nur Kommunisten klar. Eine Emnid-Umfrage brachte im März ein erstaunliches Ergebnis: „Rund 80% im Osten und bis zu 72% im Westen könnten sich vorstellen, in einem sozialistischen Staat zu leben, solange für Arbeitsplätze, Solidarität und Sicherheit gesorgt wäre.“ Erika Beltz



Bundeswehr-Soldaten gegen Streikende?!

Seit 2006 wird in allen Kreisen und kreisfreien Städten der BRD die „zivilmilitärische Zusammenarbeit“ forciert. Im vergangenen Jahr hat die Kreisgruppe der Linkspartei dazu eine Anfrage im Gießener Kreistag gestellt, aus der hervorgeht, daß es auch hier ein „Kreisverbindungskommando“ gibt, bestehend aus 12 Reservisten der Bundeswehr unter Leitung von Oberstleutnant der Reserve Jürgen Marx. Vorgeblich soll hier "nur nach Aufforderung" „Amtshilfe“ im Katastrophenschutz geleistet werden, obwohl seither das THW u.a. vollkommen ausreichend war. Tatsächlich ist damit eine

flächendeckende Militarisierung der Gesellschaft verbunden, die den – noch verfassungswidrigen – Einsatz der Bundeswehr im Innern vorbereiten soll.

Die „Katastrophen“ häufen sich inzwischen: hatte es bis zum Jahr 1999 jeweils nur einen Bundeswehreinsatz gegeben, so waren es 2007 schon 16, 2008 bereits 31 und im vergangenen Jahr 44 Einsätze. Dabei geht es nicht nur um die Überwachung von Großveranstaltungen aller Art (zuletzt in Dresden), sondern um stinknormale Einsätze als Hilfspolizisten, sogar als Feuerwehrmänner. Damit soll die Bun-

deswehr als Freund und Helfer salonfähig und psychologisch zum Sympathieträger gemacht werden.

Flankiert wird dies durch die „Jugendoffiziere“, die in Schulen die Interessen Deutschlands (z.B. in Afghanistan) erläutern und den Kriegsdienst schmackhaft machen sollen. Auch die regelmäßigen Auftritte der Bundeswehr in den Arbeitsagenturen, ihre Präsenz bei Sport- und anderen Festen (Gießener Stadtfest) dienen dem gleichen Zweck: der Gewöhnung an das allgegenwärtige Militär.

Die größte Katastrophe: Streik

Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke) wollte in einer Anfrage wissen, ob Maßnahmen ergriffen würden, um auszuschließen, "daß die ZMZ-Strukturen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden". Antwort: "Nein." Denn die Beurteilung, ob Demonstrationen, z.B. anlässlich von Gipfeln, Anlässe für das Tätigwerden von Katastrophenschutzstäben sein können, obliege den "zuständigen Landesbehörden". Nicht einmal Einsätze gegen Streiks im Transport-, Energie-, Gesundheitswesen und bei der Müllabfuhr will die Bundesregierung ausschließen: Dies sei "dem jeweiligen konkreten Einzelfall vorbehalten".



Einbürgerung verweigert

2008 hatte Aram A., der im Jahr 2000 mit seinen Eltern aus Syrien fliehen mußte, einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Der wurde jetzt vom niedersächsischen Innenminister Schönemann (CDU) abgelehnt, gestützt auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, der Aram, Mitglied der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), jahrelang bespitzelt hat.

Besonders verwerflich, daß er gegen rechte Gewalt protestiert hat, O-Ton Verfassungsschutz: „Er war Mitorganisator und erklärte, daß man gemeinsam ein Zeichen gegen Intoleranz und fehlende Zivilcourage setzen wolle,“ – also genau das, was vorgeblich stets eingefordert wird. Zudem setzte sich die SDAJ für die entschädigungslose Vergesellschaftung von Unternehmen ein. Die sei nach Ansicht Schönemanns verfas-

ungswidrig, tatsächlich jedoch ist es in Artikel 14 Grundgesetz ausdrücklich vorgesehen.

Diese Verweigerung der deutschen Staatsbürgerschaft ist ein doppelter Skandal:

einmal wegen der hanebüchenen Begründung, in der demokratisches und antifaschistisches Engagement diskriminiert wird,

zum anderen, weil wieder einmal deutlich wird, daß Demokraten und Antifaschisten jahrelang vom Verfassungsschutz bespitzelt werden, während Naziorganisationen, allen voran die NPD immer noch unbehelligt ihre menschenverachtende Propaganda betreiben können.

Dafür werden sie dann noch staatlich subventioniert; mit 1,5 Millionen Euro, das ist fast die Hälfte ihrer Gesamtausgaben, wurde die NPD 2008 aus der Staatskasse bedient.



Position,
Magazin der SDAJ,

www.sdaj.de, Redaktion:

zeitungskollektiv@sdaj-netz.de

Zum Beispiel Griechenland

Da haben wir etwas ganz Neues erfahren: Es wurde politisch getäuscht und getrickst, es wurden hemmungslos Schulden gemacht, es gab Korruption, kurz, es wurde für die Fete von heute die Zukunft verfrühstückt. Gott bewahre, nicht bei uns - in Griechenland. Und jetzt präsentiert die Europäische Union dem Volk die Rechnung: Mehrwert- und Mineralölsteuerrauf, Löhne, Renten und Bildungsausgaben runter! Alles das kennen wir in Deutschland ja auch. Lassen wir uns nicht dadurch täuschen, dass sich hier alles auf höherem Niveau der Produktivität abspielt. Auch wir leben längst auf Kosten der Zukunft. Schon seit der so genannten ersten Ölkrise Anfang der Siebzigerjahre, die in Wahrheit das Ende des kapitalistischen Nachkriegsbooms war, schnellten die Staatsschulden in die Höhe. Inzwischen sind sie auf 1,7 Billionen Euro explodiert - die Billion: eine Zahl mit zwölf Nullen. An der Mehrwertsteuerschraube hat schon Schwarz-Rosa gedreht, weitere Erhöhungen werden diskutiert. Rentenerhöhungen gibt es schon lange nicht mehr, die Bruttolöhne sind 2009 gesunken. Der Zustand der Schulen und Hochschulen ist bejammernswert. Die Kommunen bleiben trotz Anhebung von Steuern und Gebühren handlungsunfähig. Freiwillige soziale Leistungen werden so gut wie ganz gestrichen. Hartz-IV soll nach dem Vorbild USA auf fünf Jahre begrenzt werden. Hessische Arbeitsvermittler machen sich zur Zeit auf Wunsch der Koch-Regierung in New York kundig. Auch wir sind Griechenland. Die Krise hat auch die USA, Großbritannien im Griff, Japan schon lange, die gesamte Welt des Kapitals.

Und ein anderes fällt auf. Es lässt sich in der kapitalistischen Ökonomie nicht mehr unterscheiden, was Krankheit und was Heilmittel ist. Über seine Verhältnisse zu leben, das zeugt von krankhafter Ver-

schwendungssucht. Das hat der Merkel die schwäbische Hausfrau erzählt. Da nun aber ganz unerwartet die Krankheit der Krise über uns hereingebrochen ist, müssen die Staaten erst einmal neue Schulden in bisher unbekanntem Ausmaß machen. Nicht dass man diese dann je bezahlen will, denn das ist gar nicht möglich. Schon um 1975 sagte der spätere Bundesbankpräsident Otto Pöhl: „Es soll doch keiner so naiv sein zu glauben, dass der Staat seine Schulden jemals zurückzahlen kann. Er muss nur so zahlungsfähig bleiben, dass er alte Kredite durch neue ersetzen kann.“ Um das zu erreichen, muss Griechenland einen rigorosen Sparkurs zu Lasten des einfachen Volkes fahren. Das Land wird sehenden Auges immer tiefer in die Krise gestürzt, in Armut und wachsende Arbeitslosigkeit. Das Volk leistet verständlicherweise Widerstand. Welche Heilmittel die Vertreter des Kapitals auch ersinnen, sie verstärken die Krankheit.

Ein Drittes fällt auf. Man muss heute im kapitalistischen Staat nur an die Regierung kommen und schon ist man entzaubert, egal ob schwarz, gelb oder rosa. Obama in den USA, Ratzinger im Vatikan, Merkel, Westerwelle, Guttenberg - nein, so hatten sich die Wähler das nicht vorgestellt. Was war da früher anders? Ja, sicher, die Politiker waren noch etwas authentischer und nicht so von Marketing-Unternehmen in Szene gesetzt. Aber das ist nicht das Wesentliche. Auch die Schmidt und Kohl standen für die Interessen des Kapitals. Doch unbedarfte Gemüter, welche nicht über den tagespolitischen Tellerrand hinausschauen - und das sind bei uns dank Bildzeitung viele - konnten noch glauben, der Kapitalismus sei soziale Marktwirtschaft und habe eine Zukunft. Beispiel Griechenland spricht eine andere Sprache.

Klaus Mewes

Liebe Leserinnen und Leser,
wir bitten um Überweisung
der Abo-Gebühren für 2010 -
und um Spenden.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ
51350025, Sparkasse Gießen

Jeder Euro ist willkommen

Leserbriefe

Sozialgericht: Klagt man beim Sozialgericht seine (Erwerbsunfähigkeits-) Rente ein, so braucht man sehr viel Geduld - bis sich der Fall eventuell biologisch löst. Fragt man beim Sozialverband Deutschland nach, so dauert diese Prozedur 18 bis 24 Monate. Ich kenne Fälle, die bereits über 25 Monate dauern, und ohne irgendeine Antwort oder Hinweis bleiben. In der Zwischenzeit muss man sehen, wovon man leben kann. Hartz IV gibt es erst, wenn evtl. Ersparnisse nahezu voll aufgebraucht sind (bis auf das sog. „Schonvermögen“ (Rücklagen in Höhe von 200 Euro pro Lebensjahr für Alterssicherung)). - Dies gilt auch für das Sozialgeld. Dieses muss obbing auf existentiellen Niveau, lässt sich wohlwollend für die Sozialgerichte nur erklären, dass sie überlastet sind. Gründe sind dafür die massenhaften Hartz IV-Klagen (von denen 52% von den Klägern zum Teil oder völlig gewonnen werden) und dem Personalmangel. Uwe M. Oldenhauer

Die Zusatzbeiträge der Krankenkassen zu Lasten der kleinen Leute und zu Gunsten der großen Pharmaindustrie sprechen deutlich für die Verstaatlichung des Gesundheitswesens bei gesellschaftlicher Kontrolle, um wieder ein gesundes Vertrauen herzustellen. Falk Moldenhauer

Redaktionsschluß für das
Mai-Echo: 25.4.10

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>



Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch 2010:

50 Jahre gegen Atomwaffen und Kriege
– wir demonstrieren weiter
Atomwaffen abschaffen

Was vor 50 Jahren mit dem ersten Ostermarsch in Deutschland als Widerstand gegen Atomwaffen begann, hat heute nicht nur Tradition, sondern ungebrochene Aktualität. Denn das Beharren auf atomare Besitzstände und Teilhabe – so auch durch Deutschland – verschärft die Gefahren durch vorhandene und potenziell neue Atommächte...

Afghanistan braucht eine Zukunft in Frieden

Die Bundeswehr ist kein Entwicklungshelfer in Uniform, sondern führt Krieg in Afghanistan – auch gegen die Zivilbevölkerung. Gegen den Willen der großen Bevölkerungsmehrheit in Deutschland wird die Anzahl der deutschen Truppen in Afghanistan weiter erhöht. Ziviler Aufbau ist jedoch nur durch den vollständigen Abzug der NATO-Truppen möglich, die von der dortigen Bevölkerung als Besatzungsmächte wahrgenommen und bekämpft werden...

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung: Abzug der Atomwaffen aus Büchel in der Eifel / Bundeswehr raus aus Afghanistan / Abrüstung für Arbeitsplätze und Sozialausgaben / Schluss mit dem Waffenhandel / keine Kriegspropaganda und Kriegsdrohungen (www.frieden-und-zukunft.de)

Montag, 5.4.10 Frankfurt: Ostermarsch

Auftakt von Norden:

10.30 Uhr, Eschersheim, Weißer Stein; **anschl. Demo zur Abschlusskundgebung:**

13 Uhr, Römerberg

mit: Andreas Buro, Andre Shepherd, Kulturprogramm

Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Mai-Veranstaltung der und Cafe´Amelie

am Dienstag, dem 27. April, um 19.30 Uhr
im Café Amelie (DGB-Haus)

**mit: Helmut Appel, Michael Beltz,
Ernst Schwarz, Liedermacher aus Frankfurt**

Eintritt frei! - Spenden erwünscht

Mai-Demonstration und Kundgebung des DGB

11.45 Uhr Brandplatz: Treffpunkt zur Demo durch das Nordviertel

13.30 Uhr Kirchenplatz: Kundgebung

Mairede: Jürgen Bothner, Landesvorsitzender, verdi Hessen

Kulturprogramm, Infostände, Kinderfest

Die Veranstaltung mit Dietrich Kittner am 30.4. muß leider wegen Krankheit ausfallen

Veranstaltung der Gießener Friedensinitiative/ Frauen für den Frieden mit

Dr. Matin Baraki

Dienstag, 13. April, 19.30 Uhr, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer:

Neue NATO-Strategien - bessere Perspektiven für Afghanistan?

Bourcarde war kein Nazi

Das martialische Relief an der Bergkaserne muss sicher als „eine ideologisierte und instrumentalisierte Kunstauffassung der NS-Zeit“ gesehen werden; so das Landesamt für Denkmalpflege. (s. Gießener Echo 3/10). Auch Carl Bourcarde, der Gestalter dieses Reliefs, wußte, daß die Kunst damals in erster Linie der Verherrlichung des „Reiches“ diene; dennoch hat er in der Nazi-Zeit Aufträge übernehmen müssen, um mit seiner Familie materiell zu überleben. Wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zu jüdischen Familien, war er mehrfach von der Gestapo heimgesucht worden; auch nachdem er aus Gießen weggezogen war, ließen die Nazis ihn nicht in Ruhe. Weil er sich (als einziger unter seinen Kollegen) weigerte, der NSDAP beizutreten, verlor er seine Stellung im Schuldienst. Er war kein Widerstandskämpfer, aber ein entschiedener Gegner der Nazi-Ideologie. Sollte im Gießener Echo ein anderer Eindruck entstanden sein, so tut uns das Leid.

Ich selbst habe Carl Bourcarde und seine Frau Elisabeth vor beinahe sechzig Jahren kennen und schätzen gelernt. In seinen schriftlich niedergelegten Erinnerungen lese ich u.a. über die Zeit des Krieges 1940, nachdem er sich von „der Truppe“ „lösen“ konnte: „Viele Hurradeutsche waren begeistert, aber auch viele sehr bekümmert.“ Es gibt keinen Grund, derartige Reliefs zu restaurieren – es gibt viele Gründe, es zu vernichten. Für die Helden von Afghanistan werden andere Monumente bevorzugt.

Michael Beltz